

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 6/2022

4. Mai

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

Der diesjährige Tag der Arbeit stand unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“. Richtig so! Denn die großen Aufgaben auf dem Weg in eine solidarische, ökologische und gerechte Zukunft können wir nur gemeinsam bewältigen. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Gesellschaft, Gewerkschaften und internationalen Partnern. Gut, dass der 1. Mai in diesem Jahr wieder auf der Straße stattfinden konnte! Lasst uns gemeinsam den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorantreiben, soziale Ungleichheit bekämpfen und Frieden und Sicherheit schaffen.

Mit seinem brutalen Angriffskrieg will Putin die Ukraine zerstören. Und er will die Werte, die der SPD besonders am Herzen liegen, zerschlagen. Denn nichts davon passt in sein Regime der Angst und Unterdrückung. Es wird ihm nicht gelingen!

GeMAInsam mit Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und den internationalen Bündnispartnern kämpfen wir für:

- Solidarität mit der Ukraine. Für ihr Recht auf Selbstbestimmung und -verteidigung helfen wir mit Waffenlieferungen, Geld, harten Wirtschaftssanktionen für Russland und nehmen geflüchtete Menschen bei uns auf.
- Frieden. Diplomatie und Vermittlung bleiben für uns die besten Antworten für Konfliktlösung – solange es eine Chance dafür gibt. Und es braucht eine eigene Position der Stärke. Die Geschlossenheit der westlichen Bündnispartner ist dafür wichtig – und die optimale Ausstattung der Bundeswehr.
- Zusammenhalt, starker Sozialstaat, Arbeitnehmer*innenrechte. Wir achten darauf, dass die Gesellschaft zusammenhält – zum Beispiel mit dem Entlastungspaket, Mobilitätszuschüssen, dem geplanten Bürgergeld und der Kindergrundversicherung. Wir heben den Mindestlohn auf 12 € an und stärken die Tarifbindung.

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Euer Johannes



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2 — Erhöhung des Mindestlohns
- Seite 3 — Der „Internationale Tag des Baumes“
- Seite 4 — Treffen im Jugendzentrum Holzminden
— Girls Day im Deutschen Bundestag
- Seite 5 — Protestmarsch in Würzgassen
— Besuch des Solling-Internats
- Seite 6 — Kirschblütenfest in Golmbach
— Orthodoxes Osterfest in Aerzen
- Seite 7 — Ifa-Frühstück
— Gespräch mit German Economic Team
- Seite 8 — Ständiger Ausschuss der
Ostsee-Parlamentarierkonferenz in Warschau
- Seite 9 — Themenüberblick Bundestag
- Seite 10 — Besuch Max-Born-Realschule aus Bad Pyrmont

Ihr findet mich auch bei:



WIR ERHÖHEN DEN MINDESTLOHN AUF 12 EURO



Die Erhöhung des Mindestlohns ist für uns eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und des Respekts vor ehrlicher Arbeit. Es ist ein zentrales Versprechen der Sozialdemokratie, das diese Woche in die parlamentarische Beratung geht: Wir erhöhen den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro. Denn wir finden, dass Arbeit vor Armut schützen muss. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden durch die Erhöhung ab Oktober 2022 deutlich mehr Geld in der Tasche haben, besonders Frauen und Ostdeutsche. Auch Beschäftigte in Branchen

Wir erhöhen den Mindestlohn auf 12 Euro. Dafür sind wir gewählt worden und heute beraten wir das dafür notwendige Gesetz im Bundestag in erster Lesung. Mit dieser einmaligen Erhöhung haben über 6 Millionen Beschäftigte ab 1. Oktober 2022 mehr Lohn auf ihrem Konto. Viele davon arbeiten in sozialen Berufen, sind Frauen oder leben in Ostdeutschland. Wer zum Beispiel Vollzeit für Min-

destlohn arbeitet, verdient statt heute 1.700 Euro dann rund 2.100 Euro brutto monatlich. Das ist für viele eine saftige Lohnerhöhung von bis zu 22 Prozent. Zudem wird die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro erhöht und dynamisiert. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden ist damit weiterhin möglich.

mit geringer Tarifbindung profitieren davon. Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, die nun fortgeschrieben wird: Er hilft vor allem Menschen mit geringen Einkommen, stärkt die Kaufkraft und reduziert Armut. Die Erhöhung ist auch ein wichtiges Signal zum Tag der Arbeit, der in diesem Jahr unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ stand.

DER „INTERNATIONALE TAG DES BAUMES“ AM 25. APRIL

Anlässlich des 70. „internationalen Tag des Baumes“ hat die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - Kreisgruppe Hameln-Pyrmont zu einem spannenden Tag mit einem waldpädagogischen Programm rund um das Thema „Wald“ auf den Finkenborn eingeladen. Der Kreisverband, die Kreisjägerschaft und das Forstamt Hameln haben viele tolle Mitmachaktionen und Veranstaltungen für Jung und Alt vorbereitet, um die Bedeutung des Waldes und den Wert jedes einzelnen Baumes für den Menschen und die Umwelt bewusstmachen. Neben einem Infomobil der Kreisjägerschaft, einer Entdeckungsreise auf einer Streuobstwiese, einer spannenden Falkner-Show sowie einem breiten Bastel- und Malangebot habe ich alte Bekannte bei der eindrucksvollen Drohnenvorführung zur Rehkitzrettung wieder getroffen. Für einen Austausch mit den Organisatoren und den Waldpädagogen war ein Infostand aufgebaut. Auch ich konnte an diesem Tag einen kleinen Beitrag leisten und habe mit Hilfe von ca. 260 Kindern und unserem Kultusminister Grant-Hendrik Tonne junge Bäume auf dem Klüt pflanzen können. Wir alle können mehr Verantwortung für Auswirkungen des Klimawandels auf unsere heimischen Wälder nehmen. Viele dieser Waldflächen sind durch Auflichtung der Baumkronen



oder absterbende Bäume gekennzeichnet und müssen nun schrittweise wiederbewaldet werden. Ein gesunder und intakter Wald ist wichtig für uns und unsere Kinder. Es ist kein Geheimnis, dass sich ausgiebige Waldspaziergänge positiv auf unsere Gesundheit und unsere Psyche auswirken. Aber gerade für unsere Kinder kann der Wald ein abwechslungsreicher

Abenteuerspielplatz sein. Man kann Vieles entdecken, Tiere und Pflanzen beobachten oder einfach nur dem Rauschen der Blätter und den Gesängen der Vögel lauschen. Genau aus diesem Grund ist der „Internationale Tag des Baumes“ so wichtig. Dieser Tag verschafft einen guten Einblick in unsere unvergleichlich und unverwechselbar schöne Natur und sensibilisiert uns im Umgang mit der Umwelt.

TREFFEN IM JUGENDZENTRUM HOLZMINDEN



Im vergangenen Sommer haben wir noch bei „Pizza & Politik“ vor meinem Wahlkreisbüro in Holzminden

geessen und über ihren Wunsch gesprochen, dass es endlich eine offizielle Jugendvertretung in der Stadt Holzminden gibt. Mittlerweile hat sich der neugebildete Jugendrat der Stadt schon mehrfach getroffen und 18 junge Menschen machen mit und engagieren sich. Mit einigen von ihnen habe ich mich gestern gemeinsam mit Bürgermeister Christian Belke im Jugendzentrum Holzminden an

der Stadthalle getroffen. Dorthin hatten die Mitglieder des Jugendrates gestern zu einem Politiktreffen eingeladen. Ich musste mich ganz schön sputen, um mit dem Ende der Sitzungswoche rechtzeitig aus Berlin zurück in den Wahlkreis zu kommen. Aber die tollen Gespräche waren die stressige Rückfahrt mehr als wert. Ich freue mich, dass im Laufe des Tages auch schon zahlreiche Mitglieder des Stadtrates und meine Landtagskollegen Sabine Tippelt und Christian Meyer der Einladung der Jugendlichen gefolgt waren. Tolles Engagement! Macht weiter so!

GIRLS DAY

Frauen sind in Deutschland so gut ausgebildet wie noch nie. Trotzdem haben wir gerade in der Politik immer noch eine Männerdomäne. Auch und gerade als Mann setze ich mich dafür ein, dass gesellschaftliche Veränderung vorangeht

und die Geschlechter möglichst bald gleichmäßig vertreten sind. Mit Mira Luna aus Rumbeck bei Hessisch Oldendorf hat letzte Woche eine junge Frau aus dem Weserbergland den Politikalltag live in Berlin miterleben können. Sie hat im Rahmen des GirlsDays der SPD-Fraktion im Bundestag die Arbeit des Bundestages und natürlich



auch meines Büros kennengelernt. Chiara-Janine aus Copenbrügge hat digital am GirlsDay teilgenommen. Wir haben uns knapp 1 ½ Stunden über den Politikerinnen- und



Politikeralltag ausgetauscht und auch über viele tagesaktuelle Themen gesprochen. Herzlichen Dank an Mira Luna und Chiara-Janine für die Teilnahme und die tollen Gespräche!

PROTESTMARSCH IN WÜRGASSEN

Am Samstag, den 23. April konnte ich den Protestmarsch gegen das Bauvorhaben „Logistikzentrum Würgassen“ durch Lauenförde und Beverungen begleiten und zu den neuesten Entwicklungen aus Berlin berichten. Rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, angeführt durch einen „Atommüll-Container“, demonstrierten gegen den geplanten Ausbau des Geländes des ehemaligen Kernkraftwerkes Würgassen. Die Bürgerinitiative (BI) „Atomfreies Ländereck“ als Initiator des Protestmarsches fordert unter anderem ein neues qualifiziertes Standortauswahlverfahren der Bundesagentur für Zwischenlagerung (BGZ) unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Größter Kritikpunkt der BI ist dabei, dass das BGZ Vorgaben der Entsorgungskommission des Bundes und des Bundesamtes für Strahlenschutz missachtet und ignoriert habe, was ein neues Gutachten zwingend erforderlich mache. Weitere kritische

Punkte der BI liegen darin begründet, dass ein großer Teil des gesamten deutschen Atommülls Würgassen durchlaufen würde, das Endlager Konrad in sehr großer Entfernung zu Würgassen läge und somit sehr weite Strecken zurückgelegt werden müssten sowie die Kosten der Baumaßnahmen zu niedrig kalkuliert seien. Nicht zuletzt müsse nach den Erfahrungen im Ahrtal auch über eine überarbeitete Hochwasserstudie am Standort Weser zu den „Jahrhunderthochwassern“ erfolgen. Ich schätze die sachorientierte Arbeit der Bürgerinitiative sehr und unterstütze ihr Anliegen, die Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren und auf die Gefahren hinzuweisen, die von einem potenziellen Logistikzentrum für radioaktiven Abfall ausgehen kann. Wichtig ist vor allem, die Bürgerinnen und Bürger abzuholen und das Verfahren so transparent wie möglich zu gestalten, um das Vertrauen in die Politik in der Sache zu stär-



ken. Der Protest verlief ruhig, friedlich und ohne Ausschreitungen, sodass man am Ende des Tages über eine gelungene Veranstaltung der BI sprechen konnte.

BESUCH DES SOLLING-INTERNATS IN HOLZMINDEN

In der letzten Woche war ich im LSH - im Landschulheim am Solling - in Holzminden zu Gast. Eine Gruppe Schülerinnen und Schüler des Internats Solling und Lehrer Björn Schmitz hatten mich im vergangenen Jahr am Rande einer Fridays for Future-Demo in Holzminden angesprochen und ins Internat am Solling eingeladen. Nach einer Führung über das weitläufige Internat-Gelände habe ich ausführlich mit den beiden Politik-Leistungskursen zu zahlreichen aktuellen Themen diskutiert. Vielen Dank für den anregenden Austausch und die vielen wirklich spannenden Gedanken!

Das LSH ist ein privates, staatlich anerkanntes Internat-Gymnasium in freier Trägerschaft. Rund 200 Jungen und Mädchen leben derzeit im Internat, dazu kommen weitere etwa 50 externe Schülerinnen und Schüler. Neben den Schülern aus den verschiedensten Teilen Deutschlands lernen am Internat Solling auch junge Menschen aus Spanien, Brasilien,



Kolumbien, Mexiko, China, Russland, Kasachstan und der Ukraine.

KIRSCHBLÜTENFEST IN GOLMBACH

Sobald die Kirsche in der Frühjahrszeit in der Blüte steht, hat für mich der Frühling begonnen. Es ist ein nahezu bezaubernder Anblick, wenn ich durch den Wahlkreis, insbesondere durch die Kirschplantagen der Rühler Schweiz fahre. Das meistbesuchte Kirschblütenfest mit Krönung der Kirschblütenkönigin hat in dieser Region eine lange Tradition. Nach nunmehr 3 Jahren (Corona-) Pause konnte das Kirschblütenfest endlich wieder stattfinden. Nachdem Rühle und Reileifzen das diesjährige Kirschblütenfest leider absagen mussten, entschied sich der Heimat- und Kulturverein aus Golmbach kurzer Hand, das Fest in diesem Jahr stattfinden zu lassen und alleine auszurichten. Auf Einladung von Kurt Lammert, dem Vorsitzenden des Vereins, habe ich mit meiner Landtagskollegin Sabine Tippelt das Kirschblütenfest in Golmbach besucht und allerlei Wissenswertes über die Kirsche erfahren können und kulinarische Köstlichkeiten rund um die Kirsche ge-

nossen. Auf dem Dorfplatz und in der Ortschaft selbst waren zahlreiche Kunsthandwerker, Aussteller und sogar eine kleine Oldtimer-Schau vertreten. Der Verein hat drüber hinaus geführte Wanderungen durch die Plantagen der Rühler Schweiz angeboten. Nach dem traditionellen Gottesdienst auf dem Dorfplatz fand in diesem Jahr leider keine Proklamation des Königshauses statt, da die beiden anderen ausrichtenden Orte Rühle und Reifleifzen dieses Mal leider nicht mit dabei sein konnten.

Nichtsdestotrotz war es wiederum eine ganz besonders gelungene



Veranstaltung mit vielen netten Gesprächen und einem tollen Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

ORTHODOXES OSTERFEST IN AERZEN

Ganz besonders habe ich mich in der letzten Woche über den orthodoxen Gottesdienst meiner (Heimat-) Kirchengemeinde Aerzen für geflüchtete Personen aus der Ukraine gefreut. Der Gottesdienst fand am Samstag des Kar- und Osterwochenendes nach dem julianischen Kalender der orthodoxen Kirchen östlicher Länder 13 Tage nach unserem Osterfest statt. Pfarrer Roman Maksymtsiv aus der ukrainisch-unierten Gemeinde St. Wolodymyr aus Hannover zelebrierte das Osterfest mit zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ukraini-

scher Sprache und segnete im Anschluss nach orthodoxem Brauch die Osterkörbe. Für mich ist das ein ganz tolles und wichtiges Zeichen der Solidarität mit den aus der Ukraine geflüchteten Personen. Ich hoffe, dass die Anwesenden auf diese Art und Weise für ein paar schöne Stunden trotz der Grauen des Krieges und ihrer Flucht erleben und ein



wenig ihr eigenes persönliches Osterfest feiern konnten.

IFA-FRÜHSTÜCK

Als Schirmherr durfte ich beim Parlamentarisches Frühstück des Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) mit einem Eingangsstatement in die Thematik einleiten. Das ifa ist als Kulturmittlerorganisation weltweit für ein friedliches und bereicherndes Zusammenleben von Menschen und Kulturen engagiert. Es fördert den Kunst- und Kulturaustausch in Ausstellungs-, Dialog- und Konferenzprogrammen und agiert als Kompetenzzentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Es ist weltweit vernetzt und setzt auf langfristige, partnerschaftliche Zusammenarbeit. Viele Menschen aus den Bereichen, der Kultur, der Medien, der Wissenschaft und Kunst geraten verstärkt unter Druck. Die Unfreiheiten nehmen weltweit zu – nicht nur in Belarus, Afghanistan, Syrien, der Russischen Föderation oder den von ihr besetzten Gebieten der Ukraine. Das ifa setzt sich mit seinen Programmen und Pro-

jekten direkt und konkret für diese Akteurinnen und Akteure, für Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und Demokratie ein. Die Veranstaltung begann mit einem kurzen Überblick über das zivilgesellschaftliche Portfolio des ifa durch ifa-Generalsekretärin Gitta Zschoch. Per Videoclip und live wurden uns dann Erfahrungen und Perspektiven von Teilnehmenden und Stakeholdern der unterschiedlichen Programme vorgestellt. Als ehem. Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte im European Parliament und langjährige Generalsekretärin von Amnesty Interna-

tional Deutschland ordnete Barbara Lochbihler die große Wichtigkeit dieser Arbeit für den Schutz von Menschenrechtsaktivisten ein. Ich möchte mich herzlich für den spannenden und interessanten Austausch bedanken.



GESPRÄCH MIT DER BERATERGRUPPE

In der Sitzungswoche hatte ich Dr. Ricardo Giucci und Robert Kirchner vom German Economic Team zu Besuch in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin.

Das German Economic Team berät im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz die Regierungen der Ukraine, der Moldau, des Kosovo, sowie von Armenien, Georgien und Usbekistan zu allen Aspekten der wirtschaftlichen Transformation. Sie bearbeiten ein breites Themenspektrum, um in diesen Ländern eine nachhaltige Ent-

wicklung zu unterstützen. Neben ihrer Arbeit in den Projektländern unterstützen sie auch deutsche und europäische Institutionen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden mit Analysen zu den jeweiligen Projektländern. Für mich als Berichterstatter für diese Länder ist das German Economic Team ein wichtiger Ansprechpartner. Herzlichen Dank für den Austausch!



STÄNDIGER AUSSCHUSS DER OSTSEE-PARLAMENTARIERKONFERENZ IN WARSCHAU



Als Vize-Präsident habe ich die Sitzung gemeinsam mit Pyy Niemi, meinem schwedischen Kollegen und aktuellen Präsidenten der BSPC und mit unserem wunderbaren Gastgeber, meinem polnischen Kollegen Jarosław Wałęsa, geleitet.

Die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine von allen Mitgliedsparlamenten ausgesprochene sofortige Suspendierung der russischen Parlamente haben wir bestätigt und alle Parlamente aus der russischen

Föderation bis auf Weiteres aus der Ostsee-Parlamentarierkonferenz ausgeschlossen. Eine Rückkehr zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit wird wohl viele Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte dauern. Denn das Vertrauen in ein friedliches und gutnachbarschaftliches Miteinander ist mit dem Überfall auf die Ukraine nachhaltig erschüttert. Eine Rückkehr wird nur dann irgendwann möglich sein, wenn Russland zur Achtung des gelten-

den Völkerrechts, der territorialen Integrität von souveränen Nationalstaaten und zur Achtung von allen Menschenrechten zurückkehrt. Bis dahin ist es aber noch ein sehr weiter Weg. Trotz der schlimmen Entwicklungen wollen wir die ausgezeichnete Zusammenarbeit unter allen anderen Ostsee-Anrainern mit umso größerem Engagement fortsetzen. Dazu wollen wir auch als Deutscher Bundestag mit der Übernahme der BSPC-Präsidentschaft ab Juni 2022 weiter beitragen.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Sondervermögen Bundeswehr – für unsere Sicherheit

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der Geschichte Europas. Wir müssen mehr in die Sicherheit und den Frieden Europas investieren, um auch unsere Freiheit und Demokratie verteidigen zu können. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP schlagen daher die Errichtung des „Sondervermögens Bundeswehr“ und eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a) vor. Der Gesetzentwurf zum Sondervermögen sieht vor, einmalig 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitzustellen. Damit sollen insbesondere bedeutsame und komplexe mehrjährige Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr finanziert werden. So stärken wir die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und stellen sicher, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen kann. Das Sondervermögen greift den Kernhaushalt nicht an, sodass weiter ausreichende Mittel für die innere und soziale Sicherheit zur Verfügung stehen. Zudem bleibt die parlamentarische Kontrolle bei der konkreten Ausgestaltung gewährleistet. Mit der Änderung des Art. 87a GG (Streitkräfte) sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Sondervermögen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit geschaffen werden. Die Gesetzesentwürfe haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Frieden und Freiheit in Europa verteidigen

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein schwerer Schlag gegen die europäische Friedensordnung der letzten Jahre. Er bedeutet aber auch einen Angriff auf unsere gemeinsamen europäischen

Werte, wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Gemeinsam mit ihren Partnern in der EU und NATO leistet die Bundesregierung bereits einen wichtigen Beitrag. Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Arbeit der Bundesregierung und bringen deshalb in dieser Woche einen entsprechenden Antrag ein. Mit diesem bekräftigen wir, dass weder Deutschland noch die NATO aktiv in den Krieg eingreifen werden. Vielmehr geht es darum, die Ukraine so gut es geht zu unterstützen, humanitäre Korridore zu ermöglichen, einen Waffenstillstand herbeizuführen und den Frieden gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern dauerhaft sicherzustellen. Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und wo möglich zu beschleunigen. Dabei soll die Lieferung auch auf schwere Waffen und komplexe Systeme, etwa im Rahmen des Ringtausches, erweitert werden, ohne die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung zu gefährden. Zugleich muss die Bundeswehr in der Lage sein, ihre Aufgaben im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung wahrnehmen zu können. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen eine zügige Umsetzung des „Sondervermögens Bundeswehr“. Langfristig muss Deutschland unabhängiger werden von russischer Energie. Mit dem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, einen Fahrplan zur Reduzierung von russischen Öl- und Gasimporten auf den Weg zu bringen, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und die Energiequellen zu diversifizieren.

Mehr soziale Teilhabe für Kinder und für Menschen in Grundsicherung

Mit dem Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz setzen wir zwei wichtige Vorhaben für den sozialen Zusammenhalt um. Wir wollen Kinder aus der Armut holen. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine Kindergrundsicherung einzuführen. Bis diese umfassende Reform umgesetzt ist, erhalten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ab Juli 2022 einen Kindersofortzuschlag von 20 Euro pro Monat. Davon profitieren Kinder, deren Familien Anspruch auf Grundsicherung, Sozialhilfe oder auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach Bundesversorgungsgesetz haben. Auch Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerber erhalten den Zuschlag. Damit verbessern wir zielgerichtet die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe derjenigen, die in der Corona-Pandemie stark belastet sind. Unser langfristiges Ziel bleibt, Kinderarmut hierzulande zu überwinden. Zudem wollen wir Menschen mit wenig Geld unter die Arme greifen. Mit einer erneuten Einmalzahlung von 100 Euro federn wir die Belastungen durch die Corona-Pandemie sowie durch die höheren Kosten für Energie und Lebensmittel ab. Davon profitieren diejenigen, die Grundsicherung, Sozialhilfe oder Unterstützung nach Asylbewerberleistungs- und Bundesversorgungsgesetz erhalten. Die Auszahlung ist im Juli 2022 geplant. Im parlamentarischen Verfahren werden wir angesichts der aktuellen Entwicklung die Höhe der Zahlungsbeträge noch einmal prüfen. Der Gesetzentwurf haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

BESUCH DER MAX-BORN-REALSCHULE AUS BAD PYRMONT IN BERLIN



Letzte Woche habe ich die 10a Klasse der Max-Born-Realschule aus Bad Pyrmont in Berlin getroffen. Leider musste das Gespräch wegen den aktuellen Corona-Einschränkungen draußen stattfinden. Ich habe mich, aber sehr über den Besuch gefreut. Die Schülerinnen und Schüler hatten auch eine Menge Fragen mitgebracht. Herzlichen Dank für die interessante Diskussion mit Euch und meine Daumen sind für die kommenden Abschlussprüfungen fest gedrückt! Viel Erfolg!

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva